

# Die Regierungen haben sie erkannt, die Gunst der Stunde

## Anti-westliche Ressentiments und neue gesellschaftliche Spannungen in Südostasien

von **Claudia Derichs**

*Im Fahrwasser der Diskussionen um die Auswirkungen der Anschläge vom 11. September 2001 in New York und vom 12. Oktober 2002 auf Bali fällt häufig der Ausdruck »anti-westlich«. Islamistische Gruppierungen würden aus anti-westlichen Ressentiments heraus Anschläge auf Symbole und Menschen verüben, die in ihren Augen »den Westen« verkörpern.*

**D**er Westen als Kategorie für eine Abgrenzung ist allerdings keineswegs ein neues Phänomen. Die Vokabel wurde lange vor den Anschlägen der letzten Jahre benutzt, um das Eigene von dem Fremden abzugrenzen, mit dem alle Übel dieser Welt assoziiert wurden: Dekadenz, moralischer Zerfall, politische und wirtschaftliche Dominanz sowie daraus genährtes Macht- und Eroberungsstreben (natürlich nicht die vorzüglichen, hochpräzisen Waffen, die aus dem Westen kommen!). Im Zuge der kritischen Betrachtung von Modernisierung und Globalisierung und ganz besonders im Zuge der Debatte über »asiatische Werte« wurde der Westen zu einer Kategorie, die selten konkret definiert, wohl aber häufig und gerne zur Untermauerung subjektiver Argumente und Prinzipien herangezogen wurde.

Nicht vergessen werden sollte dabei auch, dass sich in den Ländern Südostasiens sowohl die Regierungen als auch die jeweiligen Oppositionskräfte der Kategorie des Westens bedienten, um ihre Forderungen und Vorstellungen zu begründen. Während die einen genau die Attribute des Westens dämonisierten, die politisch nicht erwünscht waren (freie, offene Diskussion; Artikulation von Dissens und Kritik an der Regierungspolitik usw., denn dies galt als unzutraglich zur nationalen Harmonie), stand für andere eine kritische, aber gleichwohl faire Auseinandersetzung mit westlichen Werten

auf dem Programm (zum Beispiel in der Frage der Menschenrechte oder der Demokratie).

In islamistischen Kreisen wurde und wird »westlich« oft gleichgesetzt mit »ungläubig« und »unislamisch«. Welche Länder und Regionen auch immer unter den Begriff des Westens subsumiert werden, es bleibt eine Vokabel, die aus den internationalen Beziehungen genauso wenig wegzudenken ist wie die Dichotomie des globalen Nordens und Südens. Vor diesem Hintergrund sollte auch die Diskussion über angebliche — und bisweilen auch sicherlich existierende — anti-westliche Ressentiments als Auswirkung des globalen Kriegs gegen den Terrorismus betrachtet werden.

### Wem nützen die Ressentiments?

Wem nützen solche Ressentiments? — Diese Frage klärt sich ein wenig, wenn wir den jüngeren historischen Kontext betrachten, innerhalb dessen sich die regionale politische Entwicklung vollzog. Ein wichtiger Marker dieses Kontextes ist die sogenannte Asienkrise, die eine signifikante Zäsur in der neueren Geschichte Südostasiens darstellt. Die regionale Wirtschafts- und Finanzkrise entfachte einen lebhaften politischen Diskurs, der bei den Themen Korruption und crony capitalism ansetzte, aber schnell darüber

hinaus ging und zur Diskussion alternativer Politik- und Regierungsmodelle führte. Progressive Reformen und Demokratisierung fordernde Stimmen in Südostasien fanden in der Bevölkerung einen großen Widerhall. Die Auseinandersetzung über Demokratisierungsmaßnahmen stand dabei mit an oberster Stelle der Themenliste. Vor allem die autoritären Regierungen in der Region sahen sich vielfach unter Zugzwang gesetzt, nicht nur auf die Kritik an der fehlerhaften politischen Steuerung, sondern auch auf die Vorschläge für einen alternativen politischen Führungsstil zu reagieren. Neuorientierungen der herrschenden Elite wurden insbesondere in Indonesien nach dem Sturz Suhartos, in anderer Ausprägung jedoch auch in Malaysia, den Philippinen, Thailand oder Singapur notwendig. Dieser Prozess war noch lange nicht abgeschlossen, als die Anschläge des 11. September eine weitere Zäsur herbeiführten, die zwar zunächst keine unmittelbaren, bald aber sehr deutlich spürbare Folgen für die Gesellschaften in der Region hatte.

Nehmen wir den Beispielfall Malaysia: Während die Reformbewegung im Zuge der Asienkrise ihren Druck auf die Regierung vor allem dadurch aufzubauen vermocht hatte, dass in ihr die islamische mit

*Die Autorin ist an der Universität Gesamthochschule Duisburg am Institut für Ostasienwissenschaften tätig.*

der nicht-islamischen Opposition kooperierte und zuvor häufig als »westlich beeinflusst« geltende *Nicht-Regierungsorganisationen* (NGOs) nun Bündnispartner in den politischen Oppositionsparteien fanden, stellte »9-11« die Weichen neu. Die Trennlinie sollte fortan zwischen »islam(ist)isch versus säkular« verlaufen. Die Mahathir-Regierung erkannte die Lage — oder sollten wir sagen: die Gunst der Stunde? — im Nu und beeilte sich, ihr Image der Vertreterin eines moderaten Islam und einer Garantin der inneren Sicherheit umso stärker auszubauen.

### Die Reformbewegung und das Bedrohungsszenario

Das Resultat war nahezu programmiert: Die Knospen der Kooperation innerhalb der Reformbewegung wurden vom Bedrohungsszenario der »islam(ist)ischen Gefahr« hinweg gefegt. Pünktlich zu seinem 76. Geburtstag im Dezember 2001 schwamm Premierminister Mahathir auf einer neuen Welle der Genugtuung darüber, dass er sich vor allem gegenüber der nicht-muslimischen Bevölkerung als rigoroser Kämpfer gegen internationalen Terror und islamischen Fundamentalismus beweisen konnte. Dass in der regierungskritischen Reformbewegung gleichzeitig auch neue Fronten aufbrachen, kam der Administration dabei nicht ungelegen. Die Leidtragenden waren diejenigen, die sich für einen politisch unvereinbarsten Islam mit einer säkularen Ausrichtung, für eine Orientierung an universellen Werten und für mehr demokratische Rechte aussprachen, das heißt Gruppen wie die *Sisters-in-Islam*, die Menschenrechtsaktivisten von *Suaram* oder die Frauenbewegung, die mit einer *Women's Agenda for Change* doch gerade erst ein lobendes Beispiel dafür abgegeben hatte, wie Gleichberechtigungsinteressen über ethnische und religiöse Grenzen hinweg gemeinsam artikuliert werden können. Intellektuelle wie Farish Noor sprechen daher heute davon, dass die reformorientierte NGO-Bewegung praktisch wieder am Beginn ihrer Arbeit steht,

und Aktivisten wie Charles Santiago beklagen, dass zusätzlich zur ethnischen Fragmentierung nun eine gravierende religiöse Polarisierung Platz greift — und das, nachdem im Nachgang zur Asienkrise eigentlich berechnete Hoffnungen auf eine kraftvolle Reformbewegung mit einer dezidiert integrativen Ausstrahlung entstanden waren.



### Es handelt sich um reale Politik

Die am Beispiel Malaysias geschilderte Entwicklung ist symptomatisch für die Gesellschaften in der Region. Kaum eine Regierung hat darauf verzichtet, aus der Islam- und Terrorphobie politisches Kapital zu schlagen, soeben errungene oder zumindest im Keimen begriffene Freiheiten abzuschneiden und unter der Maßgabe, für die innere Sicherheit und das nationale Wohl zu sorgen, neue bzw. neue alte gesellschaftliche Spannungsfelder auszugraben. Diese Spannungsfelder werden in der internationalen Wahrnehmung mehr oder minder ausgeblendet.

»Terrorismus« wird pauschalisiert und in der Diskussion über »Islam« wird allenfalls nach »moderat« und »militant« differenziert, nicht aber davon Abstand genommen, Islam stets und unaufhörlich auf ein religiöses Phänomen zu reduzieren. Terror erhält dadurch fast zwangsläufig ein religiöses Gesicht und nicht mehr eines, das in politische Richtungstypen — rechts; links; konservativ; reaktionär etc. — eingeordnet würde. Religion ist offensichtlich apolitisch.

Dass es sich bei der großen Mehrheit von »terroristischen Aktionen mit islamischem Hintergrund« um reale Politik handelt, die sich mit religiösen Floskeln präsentiert, aber letztlich auch nichts anderes als eine politische Ideologie darstellt, wird vielfach ausgeblendet. Bedauerlich ist überdies, dass dadurch auch der jeweilige lokale Kontext, in welchem sich extremistischer Protest und Terror entladen, ausgeblendet wird. Die Analyse der konkreten, sehr lokal-spezifisch inspirierten Beweggründe für terroristische Aktionen wird zugunsten einer pauschalen Etikettierung der Akteure als »Teil des Al-Qaida-Netzwerkes« unterlassen. Wundert dies? Nein, es wundert kaum, denn es ist schließlich einfacher, mit der Rückendeckung der globalen »Anti-Terror-Front« gegen Störenfriede im eigenen Staat vorzugehen, als sich den nationalen und lokalen Ursachen zu widmen, die den extremistischen Ausschlag von politischem Kampf gefördert haben könnten.